

19.12.2010 – 04:00 Uhr

Media Service: Schlagzeilen der "Zentralschweiz am Sonntag" vom 19. Dezember 2010

Luzern (ots) -

CVP-Senioren wollen AHV-Alter abschaffen

Die AHV muss massiv sparen. Nun bringen sich auch Senioren in die Diskussion um neue Modelle ein. In einem Papier verlangt die Gruppierung CVP 60+, dass das AHV-Alter abgeschafft werden soll; die Pensionierung mit 65 sei nicht mehr zeitgemäss. Stattdessen propagieren die CVP-Senioren das Modell der «Lebensarbeitszeit». Konkret: Wer seine Ausbildung (Lehre oder Studium) absolviert hat, soll 42 Jahre arbeiten, bevor er pensioniert wird. Je nach Ausbildung hätte dies unterschiedliche Folgen: Wer etwa eine vierjährige Lehre abschliesst, der würde danach mit 62 pensioniert; ein Medizin-Student hingegen könnte frühestens mit 67 Jahren in den Ruhestand treten. Der Präsident der CVP 60+, Dieter Meile, sieht es so: «Wir erachten die Altersguillotinen als nicht mehr zukunftsgerichtet. Sie gehören daher abgeschafft.» Das Anliegen stösst auch ausserhalb der CVP-Senioren auf Unterstützung. Der Schwyzer CVP-Ständerat Bruno Frick findet die Idee «verständlich und prüfenswert». Aber nur, wenn das neue Modell auch billiger als das heutige sei.

Economiesuisse-Direktor kritisiert EU-Botschafter Reiterer

«Ich wäre vorsichtig, wenn es um die Beurteilung der Beitrittsfrage geht», sagt der Direktor des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse, Pascal Gentinetta. Im Interview greift er EU-Botschafter Michael Reiterer direkt an. Reiterer bezeichnete den bilateralen Weg für beendet und kritisierte zudem die Schweizer Steuerpolitik. Damit giesse der EU-Botschafter «Öl ins Feuer», sagt Gentinetta. Man müsse die Fakten im Auge behalten. Gerade im heutigen labilen gesamteuropäischen Kontext sei es «wenig hilfreich, zusätzliche Instabilitäten in die soliden und bewährten Beziehungen mit einem zentralen Wirtschaftspartner zu bringen». Die EU profitiere stark von der Schweiz.

Luzern: Kirche hilft Sans Papiers - und zieht Unmut auf sich

Auf Initiative der Katholischen Kirche Luzern ist vor kurzem ein Verein gegründet worden, der Personen ohne Aufenthaltsbewilligung zur Seite stehen will. So bietet der Verein unter anderem Beratungen an, damit Sans-Papiers zu einer Arbeitsbewilligung kommen. Zudem gibt die Gewerkschaft Unia Sans-Papiers Tipps, wie sie zu einer Wohnung kommen - mit illegalen Mitteln. Für die SVP des Kantons Luzern ist das nicht tolerierbar. «Die zuvorkommende Behandlung von Sans-Papiers durch solche Beratungsstellen macht die Schweiz für Asylsuchende noch attraktiver», sagt Fraktionschef Guido Müller. Auch Regierungsrat Guido Graf hat Bedenken. Es könne so schwieriger werden, Leute wegzuweisen.

Wohnungssuche: Der Name ist entscheidend

Beim Luzerner Mieterverband häufen sich die Fälle von Menschen mit fremdländischen Namen, die grösste Mühe habe, in der Stadt eine Wohnung zu finden. Die Situation habe sich in letzter Zeit merklich verschärft, sagt Beat Wicki vom Luzerner Mieterverband. Auch die Stadt Luzern kennt das Problem und fürchtet eine Gettoisierung. Vor allem Menschen, deren Name auf «-ic» endet, wird oft eine Wohnung verwehrt. Aber selbst Deutsche Staatsbürger haben bei hiesigen Vermietern einen schlechten Ruf - vor allem auch, weil sie oft aus beruflichen Gründen sich nicht für ein langfristiges Mietverhältnis begesitern können.

Kontakt:

Zentralschweiz am Sonntag
Telefon 041 429 51 51

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100001134/100616365> abgerufen werden.